

Breslauer Zeitung.



Wochentlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb inkl.
Post 2 Thlr. 15 Sgr. Infanteriegebühr für den Raum einer
fünfstelligen Zelle in Petticash 1½ Sgr.

Zeitung.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. In jedem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 314. Mittag-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 9. Juli 1867.

Deutschland.

Berlin, 8. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Mittmeister a. D. und Ober-Steuero-Controleur Eduard v. Fromberg zu Freystadt, dem Ober-Bürgermeister Böck zu Liegnitz und dem Rechnungs-Rath und Haupt-Bank-Buchhalter Hoffmann zu Berlin den rothen Adler-Orden vierter Klasse, sowie dem evangelischen Schulreiter und Organisten Schmiedala zu Groß-Blautzen im Kreise Nordenberg in Westpreußen den Adler der vierten Klasse des königlichen Hausesordens von Hohenzollern; ferner dem Eisenbahn-Commissarius, königlichen Eisenbahn-Director Eggert zu Erfurt, dem Vorstehenden der königlichen Direction der Westfälischen Eisenbahn, Regierungs-Rath Venze zu Münster, und dem Vorstehenden der königlichen Direction der Osthafen, Regierungs-Rath v. Muttius zu Bromberg, sowie dem Provinzial-Kontrollmeister bei der Rentenbank in Posen, Regierungs-Rath Winkler, bei seinem Übertreten in den Ruhestand den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath und dem Appellationsgerichts-Rath Clostermann in Köln den Charakter als Geheimer Justiz-Rath verliehen; die in der landwirtschaftlichen Verwaltung beschäftigten bisherigen Regierungs-Assessoren Kette zu Landsberg a. R., Schneider zu Bries, Zimmermann zu Lübben, Weddin zu Frankfurt a. O., Brandt zu Berlin und Rötger zu Pütterdorf zu Regierungs-Räthen, sowie den Warfar Lang in Stönsdorf zum Seminar-Director ernannt; und dem Ober-Registrator bei dem Magistrat zu Königsberg i. Pr., Schielin, den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Der Gerichts-Assessor Leo hieselbst ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Liebenwerda und zugleich zum Notar im Departement des Appellations-Gerichts zu Naumburg a. S., mit Anweisung seines Wohnsitzes in Liebenwerda, ernannt worden. — Dem Seminar-Director Lang ist die Direction des evangelischen Schulreiter-Seminars in Reichenbach O. L. Regierungsbezirk Liegnitz, übertragen worden. — Der Lehrer Theodor Kewitsch ist als Seminar-Musik- und ordentlicher Seminar-Lehrer am katholischen Schul-lehrer-Seminar zu Berlin angestellt worden. (St. Anz.)

[Denkmal-Errichtung.] Der „St.-A.“ bringt folgende bereits

telegraphisch gemeldete Cabinetsordre:

Ich habe durch Meine Ordre vom 18. Dezember 1864 bestimmt, daß in Meiner Haupt- und Residenzstadt, als ein dauerndes Zeichen des Dankes, welchen Ich und das Vaterland allen denen widmen, die im Feldzuge des Jahres 1864 Preußens Waffen neue Lorbeer, dem Vaterlande neuen Zu-wachs an Ehre und Ansehen errungen haben, ein Denkmal aus den Trophäen dieses Feldzuges errichtet werden soll. Ein Jahr nach der feierlichen Grundsteinlegung dieses Denkmals stand Meine ganze Armee zahlreichen feindlichen Heeren gegenüber und ein neuer Kampf für Preußens Ehre und Unabhängigkeit — in bedeutend größeren Dimensionen — ist durchgängig geworden. — Ich habe deshalb beschlossen, daß dem für den Feldzug von 1864 zu errichtenden Denkmal eine erweiterte Bedeutung gegeben werde und daß dasselbe nicht allein das Andenken des Feldzuges von 1864, sondern auch die glorreichen Kämpfe des Jahres 1866 ehren solle. — Ich beauftragte das Staatsministerium, diese Meine Ordre dem Lande bekannt zu machen und will Ich, in Bezug auf die Ausführung des Denkmals und die Verwendung der Trophäen des Jahres 1866 hierbei, einem erneuten Vorschlage entgegen-ehen.

Schloß Babelsberg, den 3. Juli 1867.

Wilhelm.

An das Staats-Ministerium.

[Militär-Wochenblatt.] r. Groote, Pr.-Lt. vom Schles. Ul.-Regt. Nr. 2, zum Rittm. und Grc.-Chef befördert. v. Abercrom, Pr.-Lt. früher im Hamb. Contingent und jetzt bei der holsteinischen Grenz-Zoll-Gendarmerie, als Pr.-Lt. im Schles. Ulan.-Regt. Nr. 2 angestellt. Frey, Ober-Lt. a la suite des West. Festungs-Art.-Regts. Nr. 7 und Director der Art.-Werftstatt in Devz, der Rang eines Regts.-Commdrs. verliehen. v. Schweinitz, Gen.-Lt. und Insp. der 2. Ing.-Insp., in gleicher Eigenschaft zur 3. Ing.-Insp. versetzt. v. Kameke, Gen.-Major und Chef des Generalstabes 2. Armees-Corps, unter Versetzung in das Ing.-Corps, zum Insp. der 2. Ing.-Insp. v. Böckmann, Ober-Lt. aggr. dem Generalstabe der Armees, unter Einrangierung in den Generalstab, zum Chef des Generalstabes 2. Armees-Corps ernannt. Bei der Landwehr: Dresler v. Schaffhausen, Oberst zur Disp. und Bezirks-Commdr. des 2. Bats. (Freistadt) 1. Niederschles. Regts. Nr. 6, in gleicher Eigenschaft zum 1. Bat. (Görlitz) dess. Regts. verteilt. v. Horne mann, Oberst-Lt. a. D., zuletzt Major in 1. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 25, unter Stellung zur Disp. mit seiner Pers. zum Bezirks-Commdr. des 2. Bats. (Freistadt) 1. Niederschles. Regts. Nr. 6 ernannt. Abstimmungsergebnisse: Gräber, Oberst a. D., zuletzt Major in 1. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 7, früher in der ehemal. nassauischen Art., mit seiner Pension zur Disposition gestellt. Dr. Hausleutner, Assistenzarzt vom 2. Bataillon (Freistadt) 1. Niederschles. Landwehr-Regts. Nr. 6, der Abschied bewilligt. Dr. Rhein, Unterarzt vom 1. Schles. Gren.-Regt. Nr. 10, Dr. Mende, Unterarzt vom 2. Ober-schles. Inf.-Regt. Nr. 23, Dr. Schwarz, Unterarzt vom 1. Schles. Hul.-Regt. Nr. 4, zu Assistenzärzten befördert. Dr. Köhler, vom 2. Niederschles. Landwehr-Regt. Nr. 7, der Char. als Assistenzarzt verliehen. Hartmann, Fabm. I. Kl. vom 3. Garde-Gren.-Regt. Königin Elisabeth, der nachgeliebte Abschied mit Pension bewilligt.

[Ultima ratio regis.] Die Rohre der neuen gezogenen Kanonen, welche anfanglich ganz glatt angefertigt waren, haben jetzt durchgängig den eingravierten preußischen Adler und den alten Wahlspruch der preußischen Geschütze „Ultima ratio regis“ erhalten.

[Das Fürstenthum Waldeck.] Wie wir in Betreff des Fürstenthums Waldeck erfahren, ist der fürstliche Geheime Rath v. Stockhausen, der bisher die Verhandlungen wegen Abtretung des Landes an Preußen vertraulich geleitet hat, zum „verantwortlichen Staatsminister“ ernannt worden, um in dieser Eigenschaft die Angelegenheit offiziell abzuschließen. Er befindet sich gegenwärtig bei den in Nauheim weisenden Fürsten und wird in den nächsten Tagen in Berlin eintriften.

[Eine Steuererhöhung und kein Deficit.] Es liegt vielfach in den Zeitungen von beabsichtigten Steuererhöhungen und von einem vorhandenen Deficit in der preußischen Staatskasse die Rede, zu beiden Nachrichten aber fehlt jede Begründung. Was die angebliche Steuererhöhung betrifft, so hat es sich nur um verläufige Erörterungen über gewisse Besteuerungsmodalitäten gehandelt, woraus aber gar nicht folgt, daß quantitativ eine Steueränderung, d. h. eine Erhöhung, beabsichtigt gewesen wäre. Selbst was die Verhandlungen über Modalitäten der Tabakssteuer betrifft, die schon sehr positiv in den Zeitungen mitgetheilt wurden, so werden sie ganz bestimmt durch die „Parler. 3.“ widerlegt und es haben bis jetzt darüber noch keine Verhandlungen stattgefunden. Und was über ein Deficit für das Jahr 1867 gesagt wird, ist ebenso unbegründet, ja, es liegt nicht einmal ein Grund zu Besorgniß vor und auch das Jahr 1868 dürfte der preußischen Regierung schwerlich einen Grund zu dauernder Steuererhöhung bieten.

[Beschränkung der Ausweisungen aus Schleswig.] Von allen Seiten bestätigt es sich, daß die Regierung Bedenken getragen hat, die in Schleswig von der dortigen Regierung angeordneten Ausweisungsmaßregeln ihren Gang gehen zu lassen. Man hat die Ausweisung nicht auf die Familien der Militärschlichten angewandt, auch nicht die gegen die letzteren angeordneten Maßregeln auf die davorgehenden Reserven und Landwehrschlichten ausgedehnt, man will sie vielmehr nur auf diejenigen beschränken, welche ausgewandert sind, um sich dem augenblicklichen Militärdienst zu entziehen.

[Der Magistrat] von Berlin hat gegen die Auslegung der Wahllisten zum Reichstag vom 20. d. M. ab remonstriert, aber ohne Erfolg, weil die Ansetzung eines späteren Termines nicht zulässig erschien.

[Ein Orden in den neuß'schen Landen.] Nachträglich erhalten wir die erfreuliche Mitteilung, daß der Fürst von Neuß Heinrich XII. bei seinem Regierungsantritt einen Orden gestiftet hat; der

offizielle Titel ist „Medaille für Treue und Verdienst“. Der Fürst ist auch bereits in der glücklichen Lage gewesen, den Orden zu vertheilen. Fünf Soldaten, welche bei den neulichen Weber-Umrüben in Greiz eine „feste“ Haltung bewahrt haben, erhielten die Medaille. Se. Durchlaucht hieß zugleich eine Ansprache an die gesamte Besatzung seiner Haupt- und Residenzstadt.

[Der General der Infanterie und Chef des Generalstabes der Armee, Frhr. v. Moltke] ist mit den Offizieren des großen Generalstabes behufs Ausführung einer Generalstabsreise nach Schlesien abgegangen.

[Dem General-Lieutenant v. Bastrow,] commandirenden General des 7. Armeecorps, ist am 3. Juli, als am Jahrestage der Schlacht von Königgrätz, der rothe Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe, durch nachstehendes Telegramm Se. Majestät des Königs aus Babelsberg, verliehen worden: „In Erinnerung an Ihre tapferen Leistungen heute vor einem Jahre verleihe Ich Ihnen den rothen Adler-Orden erster Klasse. Wilhelm.“

[Baron von Baerst.] Wie die „B.- und H.-Ztg.“ hört, ist Baron von Baerst entschlossen, das Mandat für das Abgeordnetenhaus niedergelegen und auch keine Wahl für den Reichstag anzunehmen.

[Der erste Artikel des Vertrages über das Fortbestehen des Zollvereins] lautet: „Die contrahirenden Theile setzen den beabs. eines gemeinsamen Zoll- und Handelsvereins errichten, auf dem Vertrage über die Fortbauer des Zoll- und Handelsvereins vom 16. Mai 1865 beruhenden Verein bis zum letzten Dezember 1877 fort. Bis dahin bleiben die Zollvereinigungsverträge vom 22. und 30. März und 11. Mai 1833, vom 12. Mai und 10. Dezember 1835, vom 2. Januar 1836, vom 8. Mai, 19. October und 13. November 1841, vom 4. April 1853 und vom 16. Mai 1865 nebst den dazu gehörigen Separatartikeln zwischen den contrahirenden Theilen fern der Zoll- und Handelsvereine noch nicht an-

gehörten.“

Ems, 7. Juli. [Die gestrige Illumination,] besonders die Beleuchtung der den Badeort umgebenden Berge, war in jeder Beziehung glänzend. Vorher brachten die Turnusk und der Gesangverein eine Serenade. Der König erschien am offenen Fenster, von stetem Hochrufen der Menge begrüßt. In der Früh des heutigen Tages sangen die Schulkinder als Morgenruf ein Festlied. Der König erschien bald nach 7 Uhr am Krähnchen-Brunnen, wo an der Spitze vieler Mädchen die kleine 6 Jahre alte Ida Ebray, Tochter des Bade-Commissars, das erste Glas und ein Blumenbouquet überreichte. (E. Z.)

Ems, 8. Juli. [Der König] empfing gestern Abend 8½ Uhr die Prinzessin Friedrich der Niederlande auf dem Bahnhofe, fuhr dann nach dem Kurtheater, sah vom Balkon desselben den Abbrennen eines Feuerwerkes und hörte dem Vortrage der von Koblenz herübergekommenen Tafel zu. Am Nachmittage hatte der König eine Promenade gemacht, bei welcher er von den Tausenden aus der Umgegend eingetroffenen Freunden ehrerbietig begrüßt worden ist.

Soest, 6. Juli. [Bei der gestrigen Abgeordnetenwahl] erhielt der Kaufmann E. Uhendorff zu Hamm mit 219 Stimmen die Majorität.

Aus Thüringen, 6. Juli. [Aus dem Meininger Landtag.] — Rücktritt des weimarschen Justizministers.] Nachdem der Meininger Landtag bis zum Herbst vertagt ist, ist noch das Interessanteste aus seinen letzten Sitzungen mitzuteilen. Es wurde bereits erwähnt, daß der Landtag das Steuererhebungsgesetz zwar berathen, aber die Abstimmung darüber bis zum Herbst vertagt hatte. Diesen Beschluß hat aber die Regierung nicht adoptirt; in einem dem Landtag zugegangenen Rescripte bestritt sie vielmehr die Verfassungsmäßigkeit derselben und drang auf Abstimmung in dieser Session. In heftiger Debatte wurde die Principienfrage erörtert, wobei der Regierung schließlich mit 14 gegen 10 Stimmen der Sieg verbrieft. Bei der nun folgenden Abstimmung über das Gesetz selbst wurde dasselbe mit 13 gegen 11 Stimmen angenommen. Somit sind die Finanzen Meiningens den Anforderungen entsprechend ausgerüstet; im Lande selbst aber wird es darüber lange Gestalter geben, da seither von den thüringischen Herzogthümern Meiningen die niedrigsten Steuern hatte, wenn auch die Zinssgarantie für die Werabahn etwas drückte. — In der letzten Landtagssitzung forderte die Regierung einen Credit von 50,000 Gulden, um die Kasernen in Meiningen und Hildburghausen so einzurichten, daß erstere zwei Bataillone Preußen, letztere ein Bataillon Meiningen-Coburger aufnehmen könne. Der Credit wurde aus dem neuen Anlehen bewilligt, ebenso 4000 Gulden zur Förderung einiger Eisenbahnprojekte. — In Weimar hat der Rücktritt des Herrn v. Winkelrode, Chef des Cultus- und Justizministeriums, sehr überrascht. Die Wendung scheint eine plötzliche gewesen zu sein, da ein Nachfolger noch nicht ernannt ist. Herr v. Winkelrode ist vor dreizehn Jahren unmittelbar nach Wydenbrug eingetreten und hat mit sehr rechtlichem Sinne gewaltet. In seiner politischen Anschauung neigte er mehr zur conservativen Richtung, wie dies im Landtag mehrfach zu Tage getreten, ohne jedoch der Toleranz gegen Andergefinnte zu ermangeln. (N. Z.)

Lugau, 6. Juli. [Die Unglücks-katastrophe im Kohlen-schachte bei Lugau.] Dem „Dresd. Z.“ liegt folgende amtliche Meldung vor: Die Brüche dauern fort. Neue Versuche sind gemacht worden, ob irgend eine Deffnung im Schachte vorhanden sei. Es ist keine gefunden. Hierbei hat sich ergeben, daß wahrscheinlich die Wetterleitung vom Erfolg des Bruches an gänzlich zerstört ist, mithin keine frische Luft zu den Verunglückten hat gelangen können. Wiewohl somit keine Hoffnung auf Rettung der Verstütteten vorhanden wäre, so werden doch die Rettungsarbeiten ununterbrochen fortgezeigt.

Chemnitz, 7. Juli. Die Vorarbeiten zum Einhängen der Rohren von Kesselschlech schreiten rüdig vorwärts, wiewohl das periodisch erfolgende Nachbrechen von Gestein aus dem Hauptbrüche manchmal die im Schachte arbeitenden Zimmerlinge zaghaft macht. Fällt keine neue Störung vor, so steht zu hoffen, daß morgen mit dem Einhängen der Rohren wird begonnen werden können. Inzwischen hat eine von dem königlichen Finanzministerium abgesendete Commission nochmals die sorgfältigsten Erörterungen angestellt, ob sich eine Deffnung im Kunstschachte befindet. Zu diesem Behufe sind an verschiedenen Stellen des Schachtes wiederholt Gewichte bis zur Bruchmasse hinabgelassen worden, nirgends aber hat sich eine Deffnung ausfindig machen lassen. Nach neueren approximativen Berechnungen ist übrigens die Bruchmasse viel bedeutender, als man anfangs glaubte. Ist selbige bis auf die Sohle des Schachtes hinabgestürzt, so berechnet man, daß der Schacht noch circa 60 Ellen höher hinauf verschüttet sein muß, als ihnen, betont. Da letztere griechisch-uniter Confession, so wird auch

die Sohle der oberen Querstrecke, auf welcher sich wahrscheinlich die verschütteten Arbeiter vereint haben werden. Von einer Aussicht auf Rettung der letzteren kann unter diesen Umständen nicht mehr die Rede sein, zumal sich auch jetzt ergeben hat, daß die Röhre des Ventilators durch die Brüche eine Unterbrechung erleitten haben, mithin von Anfang an durch den Ventilator keine frische Luft in die Tiefe hat geführt werden können.

Aus Chemnitz, 6. Juli, schreibt das vorige „Tageblatt“: Aus Lugau liegt heute nichts Neues vor. Am Ort der Katastrophe verweilt jetzt Herr Staatsanwalt Saspis, um die seit mehreren Tagen begonnenen Vorerörterungen fortzusetzen. Der Zutritt zum Werke „Neue Fundgrube“ ist nicht mehr gestattet, was in Anbetracht der die Rettungsarbeiten nur hindernden Menschenmenge und des nicht außerhalb der Möglichkeit liegenden Einsturzes des Maschinen- und Schachtgebäudes angeordnet worden ist.

Wiesbaden, 6. Juli. [Pensionirung.] Die Pensionirung des Ober-Medicinalräths Dr. Heydenreich, des Hauptes der ultramontanen Partei, hat hier allgemein befriedigt; weniger aber die Ernennung eines „Fremden“ zu seinem Nachfolger; man hätte einen Einheimischen auf diesen Posten sehen können, meint man auch hier, um so mehr, als man sich überzeugt hält, die nassauische Medicinalverfassung werde als eine berechtigte Eigenthümlichkeit bestehen bleiben. — Wie wir vernehmen, soll es auch in Anbetracht der Rettungsarbeiten nur hindernden Menschenmenge und des nicht außerhalb der Möglichkeit liegenden Einsturzes des Maschinen- und Schachtgebäudes angeordnet worden ist. (Fr. Z.)

München, 6. Juli. [Vom Hofe.] Der greise, aber noch immer rüstige König Ludwig I. (jetzt 81jährig) reist, wie die „A. A. Z.“ hört, am 11. d. nach Paris. Er hat seit dem Einzug der Alliierten in Paris diese Stadt nicht wieder gesehen.

Würzburg, 5. Juli. [Ein unglückliches Ereignis] hat sich am gestrigen Tage in unserer Stadt zugetragen. Am Morgen nach dem Genuß des Frühstücks wurde eine Menge Personen von ähnlichen Krankheitserscheinungen befallen, wie Druck und Brennen in der Magengrube, Schlingbeschwerden, Ecchymen, große Schwäche, Zittern der Glieder u. s. w., welche auf eine gemeinsame Ursprungquelle hinwiesen. Die meisten Erkrankten fielen in der Domgasse vor, und es war aufgefallen, daß meistens die Personen, welche sogenannte Hörnle und Milchwecke von dem Domgassen-Bäcker gegessen hatten, davon ergriffen wurden. Gerichtsbar Vogt ließ den Bäckerladen schließen und es wurde die gerichtliche Untersuchung eingeleitet. Als bald war es im chemischen Laboratorium des Herrn Hofräths v. Scherer gelungen, weißen Arsenik in den Hörnchen nachzuweisen. Nun konnten Heizer und Apotheker mit geeigneten Mitteln der Vergiftung entgegenwirken, was erfolgreich meistens durch Darreichen von Eisenoxydhydrat und gebrannter Magnesia nebst einhüllenden Mitteln geschah. Die Polizei ließ die Kundschafft des Bäckers, so weit man dies in Erfahrung bringen konnte, vor dem Genuß des Gebäcks warnen, und als sich Nachmittags auch Vergiftungsfälle nach dem Genuß des Schwarzbrot einstellten, dies öffentlich bekannt machen. Noch in der Nacht wurden express Boten in die umliegenden Ortschaften gesendet, um öffentliche Warnung zu veranlassen. Die im chemischen Laboratorium vorgenommene Analyse hat bis jetzt ergeben, daß sämmtliche Hörnle, Mehl aller Sorten, Butter, Milch, Salz, Wasser, Geschirre frei von Gift sind, daß aber die Hörnchen und Milchwecke größtentheils auch einzelne Mundbrote, Dickwecke, vom Schwarzbrot besonders die spindigen Stollen, Arsenik enthalten, der oft nur an einer Stelle sich befindet, während manche Wecke und Brote ganz frei sind. In einem Hörnchen wurde die bedeutende Quantität von 4 Gran Arsenik gefunden. Bei der ausgetriebenen Kundschafft des Bäckers zählen die Erkrankungen 400; bis jetzt ist, obgleich bedenkliche Zusätze sich einstellten, noch kein Todessfall eingetreten und wohl auch nicht mehr zu befürchten. Es ergiebt sich aus der chemischen Untersuchung die Thatache, daß der Arsenik in Pulverform den verschiedenen Teigsorten, am meisten dem mürrigen Backwerk beigegeben werden muß. Ob hier ein unglücklicher Zufall oder ein schändliches Verbrechen obwaltet, wird die energische Durchführung gerichtlicher Untersuchung ergeben. Über die Zahl der Erkrankungen werden Erhebungen gepflogen, deren Ergebnis wir seiner Zeit mittheilen werden. (So lautet der Bericht eines Würzburger Blattes. Uns selbst wird geschrieben, daß nach Aussage der Chemiker die Gesamtmasse des verwendeten Arseniks zwei bis drei Pfund übersteige und daß ein unglücklicher Zufall nicht zu Grunde liege. D. Ned.) (A. A. Z.)

Oesterreich.

Aus Westgalizien, 7. Juli. [Die Wiener Officien und die russische Propaganda.] — Französische Pferdebänder. — Desraudationsprozeß.] Mehrere österreichische Journale, zumal die „Debatte“, haben in jüngster Zeit sich bemüht, die von verschiedenen Blättern über die russenfreundlichen Umliebe in Ostgalizien gebrachten Nachrichten abzuschwächen oder gar formell zu demonstrieren. Die „Debatte“ mag hierzu aus gewissen Kreisen die Ordre erhalten haben, aber diese überzeugt uns selbstverständlich noch lange nicht, daß jene Dementis auch richtig sind. Zumal stellt die „Debatte“ in Abrede, daß Graf Goluchowski in Wien Anfrage gehalten, wie er sich russischen Emissären gegenüber zu verhalten habe, die mit ordnungsmäßigen Pässen Galizien bereisen. Nun wissen wir hier seit fast zwei Monaten, daß eine solche Anfrage wirklich gestellt — und von Wien dahin beantwortet ward, „solche russische Unterthanen — falls sie eigentlich nicht hochverrätherischer Anschläge und Verbündungen schuldig machen — genau überwachen zu lassen und über ihre Tendenzen, sowie über die Personen, mit welchen sie in Galizien verkehren, Bericht zu erstatte“. Unsere Officien — ja vielleicht selbst das große Publikum scheinen überhaupt über die schon viel berührten „russischen Umliebe“ in Galizien ganz eigenhümliche Vorstellungen zu haben, weshalb es vielleicht von Interesse, jene hier genauer zu präzisieren. Vor Allem muß bemerket werden, daß es um keine geheime Verschwörung sich handelt, die, von Russland unterstützt, die österreichische Herrschaft in Galizien stützen soll. Hieraus erhellt, weshalb bisher in jener Richtung keinerlei Entfällungen gemacht worden, wiewohl hier die Polizei sehr aufmerksam und thätig ist. Die russische Propaganda

